

**Mitteilungsvorlage
Tischvorlage**

Organisationseinheit Finanzverwaltung	Datum 25.10.2010	Drucksachen-Nr. 2010/188
↓ Beratungsfolge Kreistag	↓ Sitzungsart öffentlich	↓ Sitzungstermin/e 25.10.2010

Tagesordnungspunkt

Budgetbericht zum 30.09.2010

Sachverhalt

Der prognostizierte Haushaltsfehlbetrag zum Ende des Jahres 2010 beträgt zum Stand 30.09.2010 rd. 2,1 Mio. EUR.

Damit ergibt sich eine Verbesserung zum Bericht vom 31.08.2010¹ um rd. 3,1 Mio. EUR.

Die wesentlichen Veränderungen zur Haushaltsplanung bzw. die positiven Entwicklungen seit 30.06.2010 werden im Folgenden dargestellt und erläutert.

¹ Sitzung des Kreistags am 27.09.2010.

Darstellung des Gesamtergebnishaushalts

Gesamtergebnishaushalt	Ansatz 2010	Prognose 30.06.2010	Abweichung Prognose / Plan 30.06.2010 (volle 10 T EUR)	Prognose 30.09.2010	Abweichung Prognose / Plan 30.09.2010 (volle 10 T EUR)
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	1.770.000 EUR	775.883 EUR	-990.000 EUR	775.883 EUR	-990.000 EUR
2 + laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	174.909.115 EUR	174.219.776 EUR	-690.000 EUR	176.121.010 EUR	1.210.000 EUR
3 + Sonstige Transfererträge	8.136.000 EUR	9.491.732 EUR	1.360.000 EUR	10.375.064 EUR	2.240.000 EUR
4 + Gebühren und ähnliche Abgaben	667.900 EUR	641.372 EUR	-30.000 EUR	653.406 EUR	-10.000 EUR
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	942.600 EUR	1.008.001 EUR	70.000 EUR	882.234 EUR	-60.000 EUR
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.227.000 EUR	16.679.059 EUR	1.450.000 EUR	15.819.060 EUR	590.000 EUR
7 + Zinsen und ähnliche Erträge	383.400 EUR	260.105 EUR	-120.000 EUR	277.013 EUR	-110.000 EUR
8 + Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
9 + Sonstige ordentliche Erträge	1.642.800 EUR	994.615 EUR	-650.000 EUR	1.054.770 EUR	-590.000 EUR
10 = Ordentliche Erträge	203.678.815 EUR	204.070.543 EUR	390.000 EUR	205.958.440 EUR	2.280.000 EUR
11 - Personalaufwendungen	-37.214.204 EUR	-37.504.115 EUR	-290.000 EUR	-37.186.108 EUR	30.000 EUR
12 - Versorgungsaufwendungen	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-16.143.662 EUR	-17.065.533 EUR	-920.000 EUR	-16.283.906 EUR	-140.000 EUR
14 - Planmäßige Abschreibungen	-6.819.131 EUR	-7.266.279 EUR	-450.000 EUR	-7.886.529 EUR	-1.070.000 EUR
15 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.503.500 EUR	-1.208.800 EUR	290.000 EUR	-1.191.940 EUR	310.000 EUR
16 - Transferaufwendungen	-91.295.780 EUR	-94.189.947 EUR	-2.890.000 EUR	-94.096.126 EUR	-2.800.000 EUR
17 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	-50.702.537 EUR	-52.494.414 EUR	-1.790.000 EUR	-51.418.881 EUR	-720.000 EUR
18 = Ordentliche Aufwendungen	-203.678.815 EUR	-209.729.088 EUR	-6.050.000 EUR	-208.063.490 EUR	-4.380.000 EUR
19 = Ordentliches Ergebnis	0 EUR	-5.658.545 EUR	-5.660.000 EUR	-2.105.050 EUR	-2.110.000 EUR
20 +/- Ergebnisabdeckungen aus Vorjahren	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
21 = Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0 EUR	-5.658.545 EUR	-5.660.000 EUR	-2.105.050 EUR	-2.110.000 EUR
22 + Voraussichtliche außerordentliche Erträge	0 EUR	20.000 EUR	20.000 EUR	30.000 EUR	30.000 EUR
23 - Voraussichtliche außerordentliche Aufwendungen	0 EUR	0 EUR	0 EUR	1.000 EUR	0 EUR
24 = Veranschlagtes Sonderergebnis	0 EUR	20.000 EUR	20.000 EUR	31.000 EUR	30.000 EUR
25 = Veranschlagtes Gesamtergebnis	0 EUR	-5.638.545 EUR	-5.640.000 EUR	-2.074.050 EUR	-2.070.000 EUR

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

1.) Erträge

(1) Steuern und ähnliche Abgaben

Die Prognose des Minderertrags in Höhe von rd. 990 TEUR ergibt sich durch die Kürzung der Weitergabe der Wohngeldentlastung im Hartz IV-Bereich.

(2) Laufende Zuwendungen

Im Bereich der laufenden Zuwendungen ist mit einem Mehrertrag von rd. 1,2 Mio. EUR (+ 1,9 Mio. EUR im Vergleich zum 30.06.) zu rechnen.

Bei der Grunderwerbsteuer wird nach derzeitiger Entwicklung von einem Minderertrag von 1,0 Mio. EUR ausgegangen (Stand 30.06. prognostizierter Minderertrag von 1,3 Mio. EUR).

Die positive Entwicklung bei den Schlüsselzuweisungen ergibt sich aus der Mitteilung des Landkreistags, dass der Kopfbetrag voraussichtlich von 507 auf 510 EUR je Einwohner steigt (Mehrerträge von 600 TEUR).

Weitere Verbesserungen in Höhe von rd. 800 TEUR ergeben sich durch die Zuweisungen vom Land aus dem Konjunkturpaket II im Schulbereich, welche ursprünglich unter (6) Kostenerstattungen geplant waren.

Ebenfalls werden rd. 200 TEUR Mehrerträge aus Gebühren in den Bereichen Ordnungsamt, Straßenverkehrsamt sowie Amt für Baurecht und Umwelt prognostiziert.

(3) Sonstige Transfererträge

Bei den sonstigen Transfererträgen werden Mehrerträge in Höhe von 2,2 Mio. EUR – davon rd. 800 TEUR (+ 700 TEUR im Vergleich zum 30.06.) im Jugendamt und rd. 1,4 Mio. EUR (+ 100 TEUR im Vergleich zum 30.06.) im Sozialamt – prognostiziert.

Im UVG-Bereich muss nach bisherigen Erfahrungswerten jedoch davon ausgegangen werden, dass lediglich rd. 30% der Forderungen werthaltig sind. Die entsprechende Korrektur wurde im Rahmen der Prognose Niederschlagungen (siehe unter (14) Planmäßige Abschreibungen) vorgenommen.

(6) Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Verschlechterung um rd. 900 TEUR zum Stand 30.06. ergibt sich im Wesentlichen durch die Verbuchung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II unter (2) Laufende Zuwendungen.

In den Bereichen Untere Verwaltungsbehörde, Straßen und Jugend und Soziales ergaben sich im Vergleich zum 30.06. weitere Verbesserungen.

(9) Sonstige ordentliche Erträge

An dieser Stelle macht sich die aus technischen Gründen geplante Auflösung der Rückstellung für die Abwicklung der Gebührenüberschüsse aus dem Bereich Abfall, welche jedoch nicht gebucht wurde, in Höhe von 725 TEUR negativ bemerkbar. Gleichzeitig ergeben sich jedoch auch Minderaufwendungen in dieser Höhe (siehe unter (16) Transferaufwendungen). Ohne diese Position wären Mehrerträge von rd. 135 TEUR zu verzeichnen.

Insbesondere werden rd. 120 TEUR Mehrerträge (+ 70 TEUR im Vergleich zum 30.06.) aus Bußgeldern prognostiziert.

2.) Aufwendungen

(11) Personalaufwendungen

Nach derzeitigem Stand können die geplanten Einsparungen von rd. 600 TEUR in voller Höhe erreicht werden.

(13) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Planung wird nach derzeitigen Schätzungen um rd. 100 TEUR überschritten.

U. a. durch einen stetigen Sparkurs der Ämter in Anbetracht der Haushaltsentwicklung des Jahres 2010 konnte die Prognose zum 30.06. um rd. 800 TEUR verbessert werden.

(14) Planmäßige Abschreibungen

Die Verschlechterung zum Stand 30.06. ergibt sich in voller Höhe durch die Kompensation der hohen Transfererträge (siehe unter (3)). Mangels Werthaltigkeit sind hier Niederschlagungen – Korrektur spätestens zum Jahresende – vorzunehmen.

(16) Transferaufwendungen

Der Ansatz für Transferaufwendungen wird voraussichtlich um rd. 2,8 Mio. EUR überschritten. Allerdings verbessern die 725 TEUR geplante aber nicht gebuchte Position für Gebührenüberschüsse an den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft das Ergebnis, so dass sich ansonsten sogar eine Verschlechterung der Transferaufwendungen um rd. 3,5 Mio. EUR ergeben würde.

Rd. 2,6 Mio. EUR davon betreffen das Sozialamt, insbesondere aufgrund von höheren Fallzahlen für die Hilfe zur Pflege und der Pflegesatzerhöhung bei der Eingliederungshilfe.

Durch höhere Fallzahlen im Jugendamt ergibt sich ein Mehraufwand im Vergleich zur Planung um rd. 1,1 Mio. EUR.

Im Bereich Nahverkehr ergibt sich ein Minderaufwand durch den geringeren Verlust beim EVU seehäse um rd. 200 TEUR.

(17) Sonstige ordentliche Aufwendungen

Im Vergleich zur Planung ergibt sich eine Verschlechterung um rd. 700 TEUR

Mit Blick auf die Prognose zum 30.06. verbessert sich diese nach derzeitigem Stand jedoch um rd. 1,1 Mio. EUR. Dies ist insbesondere auf den Minderaufwand bei der Leistungsbeteiligung im Rahmen der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) in Höhe von rd. 500 TEUR zurückzuführen. Die Bedarfsgemeinschaften sind im Vergleich zum 30.06. um rd. 300 Stück bzw. 600 leistungsberechtigte Personen zurückgegangen.

Im Jugendamt zeichnen sich Minderaufwendungen von rd. 300 TEUR – u. a. durch geminderte Erstattungen an die Stadt Konstanz – ab.

Unter den sonstigen ordentlichen Aufwendungen werden des Weiteren u. a. Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen für die Schülerbeförderung, Postgebühren, Mitgliedsbeiträge, Erstattungen jeglicher Art und Versicherungen verbucht.

Darstellung des Gesamtfinanzhaushalts / Auszug Investitionstätigkeit

Gesamtfinanzhaushalt		Ansatz 2010	Prognose zum 30.09.2010	Abweichung Prognose/ Plan (volle 10 TEUR)
9 + Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		2.106.300 EUR	1.499.639 EUR	-610.000 EUR
1000/68100000	Inv.zu. v. Bund	66.800 EUR	66.800	0
1000/68110000	Inv.zu. v. Land	1.773.500 EUR	1.321.500	-450.000
1000/68170000	Inv.zu. v. pr. Unt.	0 EUR	0	0
1000/68210000	Veräuß.Grundst.Geb.	266.000 EUR	99.000	-170.000
1000/68310000	Veräuß i+b.VG > 1000	0 EUR	11.790	10.000
1000/68320000	Veräuß i+b.VG < 1000	0 EUR	549	0
1000/68710000	Einz.a.d.Abw ickl.Baum.	0 EUR	45.800	50.000
16 - Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-10.612.500 EUR	-9.083.000 EUR	1.530.000 EUR
1000/78210000	Erw erbGrundst./Geb.	-1.229.000 EUR	-1.016.600	210.000
1000/78710000	Ausz.Hochbaumaßn.	-2.654.500 EUR	-2.606.500	50.000
1000/78720000	Ausz.Tiefbaumaßn.	-4.248.000 EUR	-3.314.900	930.000
1000/78310000	Erw .bew .AV>1000	-1.964.200 EUR	-1.874.200	90.000
1000/78320000	Erw erbbew .AV<1000	0 EUR	0	0
1000/78120000	Inv.zu.an Kommunen	-100.000 EUR	-100.000	0
1000/78180000	Inv.zu.an übr. Ber.	-416.800 EUR	-170.800	250.000
17 = Saldo aus Investitionstätigkeit		-8.506.200 EUR	-7.583.361 EUR	920.000 EUR

Im Bereich der Investitionstätigkeit wird nach derzeitigem Stand von einer Verbesserung des Saldos in Höhe von rd. 920 TEUR ausgegangen.

Die Veränderungen ergeben sich insbesondere durch:

- 1.) Verschiebung der Maßnahme „Zentralen Rettungsleitstelle Radolfzell“ (Neuveranschlagung im Haushalt 2011)
- 2.) Verschiebung der Maßnahme K6117 auf 2011, da der GVFG-Bescheid erst im September 2010 eingegangen ist. Die Maßnahme wird somit erst in 2011 fertiggestellt und abgerechnet. (Neuveranschlagung im Haushalt 2011)
- 3.) Verteuerung der K6123 um rd. 170 TEUR, da bei der Haushaltsplanung von einer günstigeren Bauweise ausgegangen wurde (Kaltrecyclingverfahren). Durch bautechnische Probleme mit diesem Verfahren wurde dem TUA empfohlen – mit der Folge der Kostensteigerung – die Straße im klassischen Vollausbau auszubauen.
- 4.) Verschiebung der Bauausführung der K6104 auf 2011, da diese als Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Bodenseekreis durchgeführt wird. Im laufenden Jahr wurde die Planung abgestimmt. Der TUA hat der Vereinbarung zugestimmt. (Neuveranschlagung im Haushalt 2011)
- 5.) Im Rahmen der K6119 wurden die Ortsdurchfahren Eckartsbrunn und Eigeltingen fertiggestellt. Der Abschnitt Eigeltingen bis Landesjagdschule befindet sich in Planung, kann jedoch erst in 2011 ausgeführt und somit auch ausbezahlt werden.

Finanzielle Auswirkungen

Siehe Sachverhalt.

Anlagen

Entfällt.